

1 **JETZT DIE SPD ERNEUERN**

2 Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Bei der Bundestagswahl hat sie das
3 schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Die Mitgliederzahl liegt
4 weit unter der vor 100 Jahren. Die Existenz der SPD als Mitglieder- und Volkspartei
5 hängt davon ab, ob sie ab sofort bereit und fähig ist, die Dramatik der Lage, die gesell-
6 schaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen ihrer eigenen Politik
7 realistisch zu analysieren und daraus tiefgreifende inhaltliche, strategische, organisato-
8 rische und personelle Konsequenzen zu ziehen.

9 **Organisatorische Erneuerung**

10 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitgliedern
11 vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Entscheidungen der Partei, wie etwa der
12 Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln ein-
13 fach ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren
14 Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch ei-
15 ner Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerpartei-
16 licher Demokratie führen muss. Die SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wieder-
17 gewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Ent-
18 scheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die den Parteimitgliedern mehr
19 Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

20 **Inhaltliche Erneuerung**

21 In ihrer elfjährigen Regierungszeit konnte die SPD einiges umsetzen. Mit dem Ausstieg
22 aus der Atomenergie, der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, dem Ein-
23 satz für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – hier vor allem die IZBB-Mittel –,
24 dem Kampf um ArbeitnehmerInnenrechte, dem Einsatz für Mindestlöhne, der Einfüh-
25 rung der Grundsicherung im Alter, dem Ausbau der Gewerbesteuer, der Gleichstellung
26 von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, dem „Nein“ zum Irakkrieg, der Er-
27 höhung des BAföGs, mit dem Investitionsprogramm und mit Programmen für den
28 Kampf gegen Rechtsextremismus hat die SPD Politik für die Menschen gemacht, Ge-
29 sellschaft verändert und nach unseren Grundwerten gehandelt.

30 Trotzdem hat die SPD ein Glaubwürdigkeitsproblem. Trotz der vorhandenen Erfolge
31 und eines engagierten Wahlkampfs haben uns die BürgerInnen die richtigen Inhalte des
32 Regierungsprogramms nicht abgenommen. Denn in der Regierung haben wir häufig
33 eine andere Politik verfolgt, als wir im jeweiligen Regierungsprogramm versprochen hat-
34 ten. Wer sich beispielsweise im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und in der Regie-
35 rung bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert hat, der
36 hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dies gilt zumal dann, wenn zu keiner Zeit die Fehl-
37 entwicklungen selbstkritisch benannt wurden und die Umsetzungsperspektive durch
38 gegenläufige Koalitionsaussagen torpediert wird.

39
40 Die SPD hat ihre Markenkerne fast alle verloren oder schwer beschädigt: Frieden, Bür-
41 gerrechte, Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Zukunft. Einer der Hauptgründe des
42 dramatisch schlechten Wahlergebnisses sind Symbole aus der Agenda 2010: Zwei Drit-
43 tel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV
44 und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Das haben uns unsere Wählerinnen
45 und Wähler nicht verzeihen. Deshalb hat die SPD vor allem an das Lager der Nichtwäh-
46 lerInnen verloren, gefolgt von Verlusten an Linke und Grüne.

47 Wir haben auch an Union und FDP verloren. Aus dem Versprechen sozialen und indivi-
48 duellen Aufstiegs durch Bildung und gesamtstaatliche Verantwortung wurde Angst vor
49 Abstieg und Spaltung der Gesellschaft. Statt unserer Tradition der Freiheitsrechte wur-
50 de ein Rückzug aus rechtsstaatlichen Prinzipien auf Raten wahrgenommen. Die wirt-

1 schäfts- und sozialpolitische Anbiederung an den neoliberalen Zeitgeist des selbster-
2 nannten „Bürgerlichen Lagers“ durch den Wesenskern der Agenda 2010 hat uns Millio-
3 nen Wählerstimmen im Arbeitnehmerbereich gekostet, ohne in der „Mitte“ Zugewinne
4 zu bringen.

5
6 **Ein „weiter so“ kann es nicht geben.** Kurzfristig beinhaltet eine inhaltliche Neuaus-
7 richtung für uns deutliche Korrekturen an folgenden Punkten, die nicht nur sachpolitisch
8 höchst umstritten sind, sondern das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen zutiefst verletzt
9 haben:

- 10 • **Rente mit 67:** Die reguläre Altersgrenze für einen abschlagsfreien Rentenbezug
11 muss wieder abgesenkt werden. Gleichzeitig muss die SPD Konzepte entwi-
12 ckeln, die für bestimmte Berufsgruppen einen abschlagsfreien früheren und auf
13 Basis tarifvertraglicher Vereinbarungen einen freiwilligen späteren Renteneintritt
14 ermöglichen. Der Einspareffekt der „Rente mit 67“ ist letztlich zu gering (ein um
15 0,5 Prozent geringerer Beitragssatz im Jahre 2030), als dass er diesen gravie-
16 renden Einschnitt in die Lebensplanung von Millionen von Beschäftigten rechtfertigen
17 würde. Die SPD muss das solidarische, umlagefinanzierte, paritätische und
18 lebensstandardsichernde Rentensystem weiterentwickeln.
- 19 • **Änderungen bei Hartz IV:** Arbeitslose Menschen müssen in unserer Gesell-
20 schaft menschenwürdig leben können. Eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze
21 entsprechend der Forderung der Wohlfahrtsverbände ist deshalb unabdingbar.
22 Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder erforder-
23 lich. Altersvorsorgevermögen ist anrechnungsfrei zu stellen und der Zwang
24 auch jede prekäre Beschäftigung anzunehmen, ist aufzuheben.
- 25 • **Gerechte Steuerpolitik:** Angesichts der gewaltigen Kosten der Finanzkrise sind
26 einerseits die Verursacher mittels einer Börsenumsatz- und einer internationalen
27 Finanztransaktionssteuer in die Finanzierungspflicht zu nehmen. Doch geht es
28 darüber hinaus darum, im Rahmen der Steuerpolitik einen echten Lastenaus-
29 gleich zu organisieren. Die SPD muss wieder die Frage nach der Verteilung von
30 Wohlstand stellen. Dazu gehört die Besteuerung von Kapital und Spitzenein-
31 kommen, auch um die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastr-
32 ruktur entscheidend zu stärken.
- 33 • **Wege aus der Wirtschaftskrise:** Wir müssen einen Strukturwandel von Wirt-
34 schaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa weg von einer exportorien-
35 tierten Standortkonkurrenz um jeden Preis organisieren. Die riesigen Handelsbi-
36 lanzüberschüsse Deutschlands (sowie Chinas und Japans) waren mitverantwort-
37 lich für die weltweiten Ungleichgewichte und die Weltwirtschaftskrise. Stattdes-
38 sen benötigen wir eine Wirtschaft, die die lange vernachlässigten Bedürfnisse
39 der Menschen im Inland in den Vordergrund stellt: Gleichstellung, Infrastruktur,
40 Bildung, Weiterbildung, Forschung, Gesundheit und Pflege. Die SPD braucht ein
41 in sich geschlossenes Konzept für eine soziale Wirtschaft.
- 42 • **Abzug aus Afghanistan:** Es ist höchste Zeit, eine politische Ausstiegsperspekti-
43 ve mit einem konkreten Datum für den Truppenabzug zu entwickeln. Die bisherige
44 Strategie hat nicht zum Erfolg geführt. Die Kampfeinsätze fordern immer mehr
45 zivile Opfer. Die SPD muss sich für einen Strategiewechsel in der Afghanistan-
46 Politik einsetzen und insbesondere den zivilen Aufbau intensivieren. Die dortigen
47 Sicherheitskräfte müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, selbst für Si-
48 cherheit im Land zu sorgen.

49 **Strategische Erneuerung**

50 Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der
51 Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist da-
52 durch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün)
53 abhängig und blockiert sich damit selbst die Umsetzung zentraler Projekte.

1 Die SPD muss sich für neue Koalitionen öffnen. Dabei muss gelten: Es gibt weder au-
2 tomatische BündnispartnerInnen, noch sind bestimmte Koalitionen ausgeschlossen. Die
3 SPD definiert zunächst ihr eigenes Programm und koaliert dann mit den Parteien, mit
4 denen sie die meisten ihrer Inhalte umsetzen kann.
5 Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel ha-
6 ben, den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengegangenes
7 Vertrauen zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein, den Dialog mit den
8 Gewerkschaften, Sozialverbänden, Friedensinitiativen und anderen gesellschaftlichen
9 Gruppen zu führen. Denn nur durch das Gewinnen von Bündnis- und Dialogpartnern in
10 der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung
11 wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren

12 **Personelle Erneuerung**

13 Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen.
14 Wir konnten als SPD nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang neoli-
15 beralen Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere, entgegenge-
16 setzte Politik machen sollen. Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine
17 personelle Erneuerung bedeuten. Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für einen
18 Neuanfang stehen.

19
20 Einzelkorrekturen in einzelnen Politikfeldern – so notwendig sie sind – reichen also nicht
21 aus, um wieder zu Erfolgen zu gelangen. Wir brauchen einen alle Bereiche umfassen-
22 den Erneuerungsprozess, der von den Mitgliedern mitentwickelt und getragen wird, sich
23 im gesellschaftlichen Dialog bewähren muss, und mit einem verbindlichen Zeitplan un-
24 terlegt wird. Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich
25 sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewin-
26 nen.